

genkapital von über 22 Milliarden Euro ausweisen. Aber wegen der negativen Bewertungsrücklage von 2,2 Milliarden Euro kann Vorstandschef Martin Blessing nur 19,9 Milliarden Euro verbuchen. Bei Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann betrug die Differenz zum selben Stichtag 882 Millionen Euro, bei der von ihm übernommenen Postbank 724 Millionen Euro.

Mit diesem Automatismus soll jetzt Schluss sein. Weimar fordert die Abschaffung und findet bei Steinbrück volles Verständnis. Anpassungen stehe man „grundsätzlich offen gegenüber“, lässt der Minister den Hessen wissen. Die Arbeiten dazu würden die zuständigen Stellen „intensiv vorantreiben“. Vor einem endgültigen Entscheid „steht noch eine Anhörung der Kreditwirtschaft an“, bestätigt eine BMF-Sprecherin.

Abhilfe ist dringend nötig, sonst schrumpft das Eigenkapital weiter, und die Banken müssen ihre Kredite noch mehr einschränken – mit der Folge, dass noch mehr Firmen pleitegehen und noch mehr Firmenkredite abgeschrieben werden müssen, was das Kapital noch weiter schrumpfen ließe: Die Krise nährt die Krise.

Für viele Firmenkunden heißt das: Sie haben keine Chance, von der Bank Geld zu bekommen – egal zu welchem Zinssatz und gleichgültig, wie viel Liquidität die Notenbank zur Verfügung stellt.

Die Versuchung unter den Bankern ist deshalb groß, das Geld gewinnbringend anzulegen. „Das ist ein echtes free lunch“, ein kostenloses Mittagessen, sagt ein Frankfurter Banker. Und ein Geschenk für Zocker und Spekulanten innerhalb der Institute. Für solch ein profitables Geschäft nehmen sie offenbar auch die öffentliche Empörung in Kauf.

Gegen Kritik an ihrem Verhalten sind die Banken weitgehend immun. Denn dass zum Beispiel Leitzinsänderungen in Deutschland nur unzureichend an die Kunden weitergegeben werden, bringt Verbraucherschützer seit Jahrzehnten in Rage. Immer wieder haben sie dieses Verhalten angeprangert – ohne Erfolg, wie sich jetzt wieder zeigt.

So sank der durchschnittliche Zinssatz für Überziehungskredite an private Haushalte laut Bundesbank seit vergangener Oktober um rund einen Prozentpunkt, von 12,1 auf 11,0 Prozent. Konsumentenkredite verbilligten sich um 0,5 Punkte auf 5,3 Prozent, Baugeld mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren sogar um 1,4 Prozentpunkte auf 4 Prozent. Es liegt damit ziemlich nahe am historischen Tief.

Die Leitzinsen fielen in den vergangenen zwölf Monaten allerdings um 3,25 Prozentpunkte. So schlecht sind die Zeiten der Krise für Banken also gar nicht.

Vorausgesetzt, sie haben genügend Kapital, um zu überleben.

BEAT BALZLI, ARMIN MAHLER,  
WOLFGANG REUTER

## TELEKOMMUNIKATION

## Hertz ist Trumpf

Die Bundesnetzagentur will in einer großen Auktion neue Mobilfunkfrequenzen versteigern.

Dabei gefährdet sie den Wettbewerb auf dem deutschen Handy-Markt.

In der Rolle des Angreifers fühlt sich E-Plus-Chef Thorsten Dirks wohl. Seit seinem Amtsantritt vor gut zwei Jahren hat er die Handy-Branche verändert wie kaum ein anderer Mobilfunker zuvor.

Mit neuen Marken wie Base oder Simyo brachte E-Plus die Platzhirsche Vodafone und T-Mobile in Bedrängnis und bescherte Verbrauchern mit Flatrate-Tarifen kräftige Kostensenkungen bei ihren Telefonaten. Auch die Marktanteile und Gewinne des Handy-Unternehmens zogen kräftig an.

Doch mit der guten Laune ist es seit einigen Tagen vorbei. Dirks und seine Truppe sehen sich unvermittelt in der Defensive. Dem Unternehmen droht ein schwerer Rückschlag, vielleicht sogar eine Blockade beim künftigen Datengeschäft.

Dabei sind es nicht einmal Konkurrenten, die E-Plus in Bedrängnis bringen. Ge-



Kundin im Handy-Laden: Blockade beim Datengeschäft

fahr droht ausgerechnet von der eigentlich für fairen Wettbewerb zuständigen Bundesnetzagentur. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben deren Beamte einen folgenreichen Coup vorbereitet.

Wie schon bei der UMTS-Auktion vor neun Jahren will die Behörde demnächst ein weiteres Frequenzpaket versteigern. Darunter befindet sich auch die sogenannte Digitale Dividende; das sind Frequenzen, die von den Rundfunkanstalten nicht mehr zur Ausstrahlung der Programme benötigt werden. Die unscheinbaren Frequenzbänder sind für die Versorgung mit breitbandigem Internet von hohem Wert. Denn mit Hilfe neuester Mobilfunktechnik kann über sie schnelles Internet zu kostengünstigen Preisen auch in abgelegene Gebiete übertragen werden.

Genau auf diese Aufgabe haben sich die vier deutschen Mobilfunknetzbetreiber T-Mobile, Vodafone, O2 und E-Plus auch vorbereitet. Doch statt allen Unternehmen – wie ursprünglich erwogen – eine faire Möglichkeit zu bieten, sich bei der Auktion mit genügend Frequenzen zu versorgen, wählt die Bundesnetzagentur einen anderen, fragwürdigen Weg.

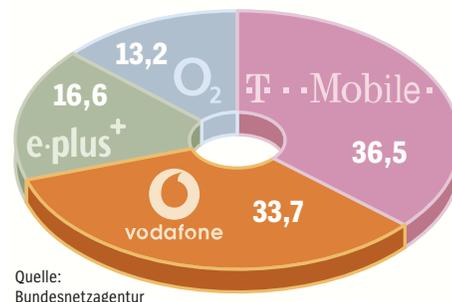
Unter dem Lobbydruck der beiden Platzhirsche schaffte sie Auktionsbedingungen, bei denen die kleinen Netzbetreiber O2 und E-Plus nach deren Ansicht massiv benachteiligt werden. So sollen T-Mobile und Vodafone bei der Auktion in einigen Monaten Frequenzblöcke in der Größenordnung von 20 Megahertz ersteigern können, obwohl sie in diesem Bereich bereits üppig ausgestattet sind. Schlagen die Telefongiganten zu – woran kein Zweifel besteht –, blieben für die Konkurrenten jeweils nur noch zwei Blöcke à fünf Megahertz übrig.

Das ist, sagen Experten, zu wenig, um im Datengeschäft mitmischen zu können. Es sei denn, eines der beiden Unternehmen steigt aus und überlässt dem anderen den Zugriff auf die Frequenzen. Genau das, glaubt man bei E-Plus, könnte das Ziel der Aktion sein.

Entsprechend harsch fiel die Reaktion aus. So schickte E-Plus vor wenigen Tagen

## Die Mobilfunker

Marktanteile der Netzbetreiber in Deutschland 2008 in Prozent



Quelle:  
Bundesnetzagentur

Beschwerdebriefe an Landes- und Bundespolitiker. Der Vorwurf: Mit dem vorgeschlagenen Verfahren greife der Staat „zu Lasten“ kleiner Anbieter einseitig in den Markt ein. Unternehmen und der Wettbewerb würden so „nachhaltig beschädigt“.

Erste Rückmeldungen auf die Kritik sind positiv. So signalisierte etwa das bayerische Wirtschaftsministerium, dass man Einschränkungen des Wettbewerbs nicht hinnehmen wolle.

Und es scheint nicht ausgeschlossen, dass die Behörde nachbessern muss. Zumindest verbal stellt man sich auf Rückzug ein. „Beim kritisierten Verfahren“, heißt es dort, handle es sich nur um einen „Entwurf“, der noch diskutiert und verändert werden könne.

FRANK DOHMEN